

Stellungnahme der HTU zur Aussage des Wiener Bürgermeisters betreffend Sozialdienst für Mädchen:

Mit Verwunderung mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister mit seinem Vorschlag eines verpflichtenden Sozialdienstes für Mädchen, offensichtlich seine politische Überzeugung hintanstellt, wenn es um WählerInnenstimmen bei den über 60-jährigen geht.

Als bezeichnend kann angesehen werden, daß er mit dieser Meinung erst an die Öffentlichkeit ging, als ein Meinungsforschungsinstitut die mehrheitliche Akzeptanz eines verpflichtenden Sozialdienstes von sechs Monaten festgestellt hatte.

Wir empfehlen dem Wiener Bürgermeister die Lektüre der Reden von Liebknecht, Adler und Bauer zum Thema Ausbeutung der Dienstmädchen. Nicht anders nämlich kann man Mädchen bezeichnen, die zu minimalem Lohn sogenannte "Sozialdienste" leisten, die, obwohl physisch, als auch psychisch belastend, kaum gesellschaftliche Anerkennung finden.

Diesen Vorschlag unter dem Deckmäntelchen der "Gleichberechtigung" zu bringen ("Wien Heute" vom Di. 02. 11. 93), entbehrt wohl nicht einer gewissen Frechheit, werden die Frauen doch wieder einmal auf ihre Rolle als Dienstmädchen reduziert.

Natürlich sind auch wir der Meinung, daß die Alten- und Krankenpflege als eine wichtige und ernstzunehmende Aufgabe in einem Sozialstaat angesehen werden muß, allerdings erscheint uns die Lösung des Problems durch den Vorschlag eines verpflichtenden Sozialdienstes, der noch dazu alte Rollenklischees neu aufleben läßt, als absolut mißlungen.

Viel sinnvoller wäre es, mehr Geld in den Ausbau des bestehenden Sozialdienstsystems zu investieren und sich nicht von vornherein auf die unermüdlischen und aufopfernden SozialhelferInnen zu verlassen, die ihre anspruchsvollen Aufgaben bestenfalls unterbezahlt leisten und größtenteils mit den daraus entstehenden Problemen (schwerkranke, sterbende Menschen, Geldmangel, etc.) aufgrund der mangelnden Unterstützung schwer, oder überhaupt nicht fertig werden. Die Aufgabe eines Bürgermeisters wäre es wohl eher, die Mißstände im bestehenden System zu beheben, als diese durch populäre Maßnahmen zu vertuschen.

PS: Übrigens gab es diese Art eines verpflichtenden "Dienstes am Volk" in Österreich zuletzt in den Jahren 1938 bis 1945, unter dem Namen "Reichsarbeitsdienst".

Dieser Text wurde auch als Presseaussendung verschickt.

ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG WISSENSCHAFTSMINISTER - WISSENSCHAFTSMINISTERIN

Aufgrund der derzeitigen Fehlbesetzung
wird der Posten eines Wissenschaftsministers/einer Wissenschaftsministerin neu ausgeschrieben:

TÄTIGKEITSPROFIL:

Die wichtigste Aufgabe wird es sein, die Fehlentscheidungen ihres Vorgängers rückgängig zu machen und dadurch wieder ein menschengerechtes Studieren zu ermöglichen. Entscheidungen über Professorenberufungen können sie dabei gestroht den dafür vorgesehenen, fachkundigen Gremien überlassen.

ANFORDERUNGEN:

Matura, Absolvierung eines Studiums unter den derzeitigen Studienbedingungen, Fachkompetenz, Gesprächsbereitschaft.

EINDEUTIG NICHT ERWÜNSCHT:

Arroganz, Fraktionsdenken, Standesdünkel, EG-Euphorie sowie ÖVP-Ob-männer/-Obfrauen.

SIE HABEN INTERESSE?

Dann schicken sie bitte ihre Bewerbungsunterlagen gemeinsam mit einem ausführlichen Konzept an die folgende Adresse:

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1140 Wien
z.H. Dr. E. Busek